

# Inhalt

Vorwort.....	III
--------------	-----

*Stefan Grundmann*

Das Thema Systembildung im Europäischen Privatrecht – Gesellschafts-, Arbeits- und Schuldvertragsrecht.....	1
--	---

I. Systembildung – Systemlücken, Redundanzen, stimmige Lösung und richtige Ebene .....	1
---	---

1. Leitaspekte bei der Systembildung im Europäischen Privatrecht.....	2
---	---

a) Die Frage nach den Zielen des Rechtsgebiets als notwendiger Ausgangspunkt.....	2
b) Beispielsweise die Ziele des Europäischen Gesellschaftsrechts .....	3
c) Beispielsweise die Ziele des Europäischen Arbeitsrechts .....	5
d) Beispielsweise die Ziele des Europäischen Schuldvertragsrechts .....	6

2. Fragestellungen bei der Systembildung im Europäischen Privatrecht .....	7
---	---

a) Lücke.....	8
b) Redundanz .....	9
c) Überzeugungskraft der jeweiligen Lösung .....	10
d) Richtige Ebene.....	10

3. Zielgruppen für eine Systembildung im Europäischen Privatrecht	10
---	----

a) Europäische Gesetzgebung.....	11
b) Europäische Rechtsprechung.....	12
c) Nationale Privatrechtswissenschaft .....	12

II. Rahmenkonzepte von Markt und Integration .....	13
--	----

1. Marktversagen und Staatsversagen – die Rechtfertigung für das Konzept des Wettbewerbs der Regelungsideen.....	13
---	----

2. Wettbewerb der Regelungsideen.....	14
---------------------------------------	----

a) Wettbewerb wünschenswert und zwischen welchen Regelgebern? .....	14
b) Wettbewerb zu schwach? .....	16
c) Wettbewerb vorhanden im Gesellschafts- und Schuldvertragsrecht? .....	19

III. Kerngebiete der Harmonisierung .....	26
---	----

1. Kerngebiete und Harmonisierungsfrage .....	26
---	----

2. Europäisches Gesellschaftsrecht .....	27
a) Mobilitätsförderung als Grundidee – Regulierung und/oder Ermöglichung? .....	27
b) Regeln zur Verlässlichkeit von Gesellschaften im grenzüberschreitenden Verkehr .....	30
c) Zwischenstufe: Bilanzrecht .....	31
d) Regeln zur Stärkung der grenzüberschreitenden Mobilität des Faktors Kapital .....	32
e) Regeln zur Stärkung der grenzüberschreitenden Mobilität der Gesellschaft als Gesamtheit .....	33
3. Europäisches Arbeitsrecht .....	34
a) Kaum Systemansätze im juristischen Schrifttum .....	34
b) Gleichbehandlung und Gesundheitsschutz .....	35
c) Informations- und Konsultationsgebote und zwingende einheitliche Regeln? .....	36
4. Europäisches Schuldvertragsrecht .....	38
a) Verschiedene Ansatzpunkte zum Gesamtumriß des Systems .....	39
b) Verbraucherverträge – (qualifiziert) einseitige Unternehmensgeschäfte .....	41
c) Finanzdienstleisterverträge .....	43
d) Zweiseitige Unternehmensgeschäfte .....	46

## A. Rahmenkonzepte von Markt und Integration

*Ernst-Joachim Mestmäcker*

Marktversagen und Staatsversagen in der Europäischen Union .....	53
I. Aufstieg und Fall des vollkommenen und des monopolistischen Wettbewerbs .....	53
II. Staatsaufgaben .....	56
III. Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung .....	57
IV. Die Europäische Gemeinschaft .....	58
V. Ursprungslandprinzip und Systemwettbewerb .....	59
VI. Staatsmonopole und Staatsversagen .....	64

*Wolfgang Kerber*

Rechtseinheitlichkeit und Rechtsvielfalt aus ökonomischer Sicht.....	67
I. Problemstellung .....	67
II. Rechtliche Regelungen als Problemlösungen.....	69
III. Rechtliche Innovationen in einem Ein-Staaten-Modell .....	71
IV. Rechtliche Innovationen in einem Mehr-Staaten-Modell .....	73
1. Gründe für unterschiedliche rechtliche Regelungen in verschiedenen Staaten .....	73
2. Steigende Innovationsfähigkeit durch parallele Experimen- tierungsprozesse und Wettbewerb .....	75
3. Zwischenfazit: die Perspektive eines wettbewerblichen Systems rechtlicher Regeln.....	80
V. Marktversagen, Metarechtsordnung und föderales Rechtssystem.	81
VI. Zur Problematik von Metaregeln: das Beispiel des Ursprungs- landprinzips .....	88
VII. Folgerungen .....	97

*Christian Kirchner*

Ein Regelungsrahmen für Rechtseinheitlichkeit und Rechtsvielfalt in der Gemeinschaft.....	99
I. Problemstellung .....	99
II. Ökonomische Überlegungen.....	103
III. Der Regelungsrahmen für Rechtsangleichungs- und Rechtsvereinheitlichungsprozesse in der Europäischen Gemeinschaft .....	105
IV. Kompatibilität von ökonomischem und rechtlichem Konzept ..	109
V. Überlegungen zur besseren Verträglichkeit zwischen dem ökonomischen und dem rechtlichen Konzept.....	111
VI. Schlußbetrachtung .....	112

Diskussionsbericht .....	115
--------------------------	-----

## B. Unternehmensorganisation und -finanzierung

### I. Komponenten und Lücken

*Marcus Lutter*

Konzepte, Erfolge und Zukunftsaufgaben Europäischer

Gesellschaftsrechtsharmonisierung..... 121

I. Einleitung..... 121

1. Überblick..... 121

2. Grundlage: Harmonisierung statt Rechtsvereinheitlichung..... 121

a) Überblick..... 121

b) Die Angleichung des Gesellschaftsrechts im EU-Vertrag..... 122

II. Erreichtes bei der Harmonisierung des Unternehmensrechts..... 123

1. Die Publizitäts-Richtlinie von 1968..... 123

a) Register..... 124

b) Vertretungsmacht..... 124

c) Nichtigkeit und Folgen der Vernichtbarkeit..... 124

2. Die Kapital-Richtlinie..... 125

3. Die Richtlinie über interne Fusionen..... 126

4. Die Spaltungs-Richtlinie..... 126

5. Die Bilanz-Richtlinie von 1978, die Konzernbilanz-Richtlinie von 1983 sowie die Prüferbefähigungs-Richtlinie von 1984..... 127

a) Überblick..... 127

b) Größenabhängige Erleichterungen..... 128

c) Konzern-Abschluß..... 128

d) Zukünftige Entwicklungen..... 128

6. Die Zweigniederlassungs-Richtlinie von 1989..... 129

7. Die Ein-Personen-GmbH-Richtlinie von 1989..... 129

a) Überblick..... 129

b) Inhalt der Richtlinie..... 130

c) Konzern-Vorbehalt..... 130

8. Die Transparenz-Richtlinie von 1988..... 131

9. Die Börsenzulassungs-Richtlinie von 1979 (Ad hoc-Publizität) ..	131
10. Die Insider-Richtlinie von 1989 .....	132
III. Nicht Erreichtes bei der Harmonisierung des Unternehmensrechts .....	132
1. Überblick.....	132
2. Die interne Struktur von Aktiengesellschaften .....	133
3. Die Vorschläge für eine internationale Fusions-Richtlinie und eine Richtlinie zur grenzüberschreitenden Sitzverlegung .....	133
4. Das Konzernrecht in Europa .....	134
IV. Konzept.....	135
1. Verhinderung eines race to the bottom.....	135
2. Abkehr von diesem Gedanken .....	135
3. Die wirklichen Aufgaben von Rechtsangleichung im Gesellschaftsrecht .....	136
V. Offene Flanken und Lücken .....	136
1. Seriosität der juristischen Person .....	136
2. Leichte Handhabbarkeit für Gründung und Führung von AG und GmbH.....	137
3. Gewährleistung von Niederlassungsfreiheit .....	138
4. Information für Partner von Rechtsgeschäften über Gesellschaften.....	139
5. Standardisierung von Beteiligungen.....	140
a) Überblick: .....	140
b) Einzelheiten .....	140
VI. Verwirklichung der offenen Felder durch Rechtsangleichung oder Wettbewerb der Rechtsordnungen? .....	141
1. Überblick.....	141
2. Beispiele für die Notwendigkeit von Rechtsangleichung.....	141
3. Ergebnis .....	142
4. Appendix: Die Europäische Aktiengesellschaft.....	142
VII. Schluß .....	143

*Reinhard H. Schmidt/ Stefanie Grohs*

## Angleichung der Unternehmensverfassung in Europa aus

## ökonomischer Perspektive – ein Forschungsprogramm – ..... 145

I. Einleitung.....	145
1. Definitionen.....	146
2. Problemstellung und Thesen .....	147
3. Gang der Untersuchung.....	148
II. Hintergrund und Methodik.....	149
1. Theoretisch-methodischer Hintergrund.....	149
2. Faktischer Hintergrund.....	154
III. Corporate Governance in Deutschland .....	156
1. Die Grundstruktur .....	156
2. Stärken und Schwächen.....	160
3. Aktuelle Entwicklungen.....	162
4. Vorläufige Einschätzung .....	165
IV. Corporate Governance in Großbritannien .....	167
1. Die Grundstruktur .....	167
2. Stärken und Schwächen.....	172
3. Aktuelle Entwicklungen.....	173
4. Vorläufige Einschätzung .....	174
V. Corporate Governance in Frankreich .....	175
1. Die Grundstruktur .....	175
2. Stärken und Schwächen.....	179
3. Aktuelle Entwicklungen.....	180
4. Vorläufige Einschätzung .....	181
VI. Zusammenfassung, Wertung und Ausblick.....	182
1. Ist bisher eine Angleichung erfolgt?.....	182
2. Ist eine Angleichung zu erwarten?.....	185

*Wolfgang Groß*

## Komponenten und Lücken bei der

Gesellschaftsrechtsharmonisierung aus Sicht der Praxis ..... 189

I. Einleitung ..... 189

II. Rechtsgrundlagen, Rechtsformen und Entwicklung der  
Harmonisierung des Gesellschaftsrechts in Europa ..... 189

1. Rechtsgrundlagen und Rechtsformen der Harmonisierung ..... 189

2. Entwicklung der europäischen Harmonisierung ..... 191

III. Komponenten europäischer Harmonisierung ..... 194

1. Materielle Schranken des Bezugsrechtsausschlusses  
nach deutschem Recht im Lichte der zweiten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie ..... 195

a) Bezugsrecht und Bezugsrechtsausschluß bei Sachkapitalerhöhungen ..... 196

b) Bezugsrecht und Bezugsrechtsausschluß bei Barkapitalerhöhungen ..... 198

2. Pflicht zur Offenlegung des Jahresabschlusses  
und des Lageberichts im Lichte der ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie ..... 200

IV. Lücken europäischer Harmonisierung ..... 201

1. Legitimation der Rechtsvereinheitlichung oder Harmonisierung ..... 201

2. Lückenbeispiele und europäischer Harmonisierungsbedarf ..... 202

a) Sitzverlegung ..... 202

b) Transnationale Verschmelzung ..... 203

c) Supranationale Gesellschaftsformen ..... 205

d) Übernahmeangebote ..... 206

V. Zusammenfassung ..... 206

Diskussionsbericht ..... 207

*II. Kapitalerhaltung (Gläubiger- und Eignerschutz)  
und Strukturmaßnahmen**Heribert Hirte*

Kapitalschutz (Gläubiger- und Eignerschutz) im Europäischen Recht ..... 211

I. Einleitung ..... 211

II. Gesellschaftsrechtliche EG-Richtlinien.....	213
1. Allgemeines .....	213
2. Geltender Normenbestand .....	214
3. Künftige Angleichungsmaßnahmen.....	217
III. Zweite (Kapitalschutz-)Richtlinie .....	220
1. Regelungsgehalt .....	220
2. Schutzinstrumentarium bei der Kapitalerhöhung .....	221
a) Beschlußerfordernis .....	221
b) Bezugsrecht .....	223
c) Einlageleistung .....	227
d) Anwendungsbereich.....	231
IV. Bewertung .....	232

### *Hartwig Henze*

Das Richtlinienrecht und der Schutz von Minderheitsgesellschaftern und Gläubigern im deutschen Aktienrecht – verdeckte Sacheinlage, Bezugsrecht und Verschmelzungsbericht .....	235
---	-----

I. Verdeckte Sacheinlage und Kapital-Richtlinie .....	235
1. Stand der Rechtsprechung .....	235
2. Meinungsstand im Schrifttum.....	236
3. Stellungnahme .....	239
a) Vermögensgegenstände als Sacheinlage und Umgehungsverbot.....	240
b) Forderung gegen die AG als Sacheinlage und Umgehungsabsicht .....	242
II. Der Bezugsrechtsausschluß, seine materiellen Schranken und die Kapital-Richtlinie .....	245
1. Stand der Rechtsprechung .....	245
2. Meinungsstand im Schrifttum.....	246
3. Stellungnahme .....	249
a) Barkapitalerhöhung.....	250
b) Sachkapitalerhöhung.....	251
c) Genehmigtes Kapital.....	251
III. Der Verschmelzungsbericht .....	252

1. Einführung .....	252
2. Stand der Rechtsprechung.....	253
3. Meinungsstand des Schrifttums.....	254
4. Stellungnahme .....	255
IV. Zusammenfassung .....	256

*Peter Hommelhoff/ Karl Riesenhuber*

Strukturmaßnahmen, insbesondere Verschmelzung und

Spaltung im Europäischen und deutschen Gesellschaftsrecht .....

I. Einführung.....	259
--------------------	-----

II. Systembildung im Recht der Strukturmaßnahmen – dargestellt am Beispiel des Umwandlungsgesetzes .....	259
---	-----

1. Umfassende Regelung eines Lebensbereichs.....	260
2. Die folgerichtige Durchführung leitender Prinzipien.....	261

III. Auswahl der Regelungsbereiche .....	263
--	-----

1. Übersicht .....	264
2. Zur Entstehungsgeschichte der Verschmelzungs- und Spaltungs-Richtlinie .....	265

3. Der persönliche und sachliche Anwendungsbereich der Richtlinien .....	266
---	-----

4. Stellungnahme .....	267
------------------------	-----

IV. Prinzipien des Europäischen Umwandlungsrechts .....	272
---	-----

1. Prinzipien des Eignerschutzes .....	272
a) Das Schutzmodell der Richtlinien – „Informationsmodell“ .....	272
b) Konsistenz des Schutzsystems .....	274
c) Aktionärsschutz im System der gesellschaftsrechtlichen Richtlinien.....	277

2. Prinzipien des Gläubigerschutzes.....	279
--	-----

V. Schluß .....	281
-----------------	-----

Diskussionsbericht.....	283
-------------------------	-----

### III. Rechnungslegung

*Bernhard Großfeld*

Internationale Rechnungslegung – Internationalisierung als

Führungsaufgabe.....	289
I. Einleitung.....	289
II. Beruhigung?.....	289
III. Neue Fragen.....	290
1. Substitution.....	290
2. Rechtsnatur.....	291
3. Über Geographie hinaus?.....	291
4. Internationale Sachnormen.....	292
IV. Konflikt der Internationalität.....	292
V. Umwälzungen.....	293
VI. Bilanzrecht als Steuerung.....	294
1. Jahresabschluss.....	294
2. Konzernabschluss.....	294
3. Corporate Governance.....	295
4. Durchdringung.....	295
VII. Einzelfragen.....	295
VIII. Existenzfragen.....	297
IX. Gelehrte Stallfütterung.....	298
X. Rechtsvergleichung.....	299
1. Allgemeines.....	299
2. Zeichen.....	299
3. Zahlen.....	300
4. Zeit.....	300
a) Allgemeines.....	300

b) Übersetzen .....	301
c) Folgen .....	301
XI. Zielwechsel .....	302
XII. Kapitalströme.....	302
XIII. Gleichgewicht.....	302
XIV. Führungsaufgabe.....	303
Diskussionsbericht.....	305

#### *IV. Kapitalmarktrecht und Aufsicht über Kapitalmarktintermediäre*

*Klaus J. Hopt*

Europäisches Kapitalmarktrecht – Rückblick und Ausblick .....	307
I. Konzeptionelle Unterschiede im europäischen Privat- und Schuldvertragsrecht und im europäischen Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht .....	307
1. Europäisches Privat- und Schuldvertragsrecht .....	307
2. Europäisches Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht .....	309
II. Europäisches Kapitalmarktrecht: Entwicklung und Stand .....	311
1. Gebiets- und Begriffsbildung.....	311
a) Genese des Rechtsgebietes.....	311
b) Komponenten des Rechtsgebietes .....	314
2. Inhalt und Regelungsprinzipien des europäischen Kapital- marktrechts, namentlich Subsidiarität und Wettbewerb der Rechtsordnungen.....	315
a) Inhalt .....	315
b) Regelungsprinzipien.....	317
III. Europäisches Kapitalmarktrecht quo vadis? .....	322
1. Börsenrecht .....	323
2. Kapitalmarktrecht.....	324

3. Corporate governance als Schnittstelle zwischen Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht .....	327
<i>Bernd Rudolph</i>	
Neuere Entwicklungen in der bankaufsichtlichen Behandlung von Markt- und Kreditrisiken .....	331
I. Problemstellung .....	331
II. Bankaufsichtliche Behandlung der Marktrisiken .....	334
1. Überblick über die Entwicklung der Regulierung .....	334
2. Handels- und Anlagebuch .....	336
3. Eigenmittelunterlegung der Marktpreisrisiken .....	336
4. Standardmodelle der Marktrisikobegrenzung .....	337
III. Anforderungen an interne Risikomodelle .....	340
1. Interne Risikosteuerungsmodelle als Alternative .....	340
2. Vorteile und Probleme der Anerkennung interner Modelle .....	342
IV. Die aufsichtsrechtliche Behandlung der Kreditrisiken .....	344
1. Forderung einer Gleichbehandlung von Kredit- und Marktrisiken .....	344
2. Der Value-at-Risk im Kreditbereich .....	345
3. Probleme des Value-at-Risk-Ansatzes im Kreditbereich .....	348
V. Ergebnis .....	349
Diskussionsbericht .....	351

## C. Arbeitsrecht zwischen Organisation und Vertrag

*Abbo Junker*

Europäisches individuelles Arbeitsrecht .....	357
I. Einleitung .....	357
II. Rechtsangleichung durch Richtlinien .....	359
1. Entwicklung eines Europäischen Arbeitsrechts .....	359

2. Sachgebiete des harmonisierten Arbeitsrechts.....	362
3. Weiterentwicklung des harmonisierten Arbeitsrechts.....	368
III. Gleichbehandlung der Geschlechter.....	369
1. Sekundäres Gemeinschaftsrecht.....	369
2. Rechtsprechung des Gerichtshofs.....	371
a) Von Colson und Kamann.....	372
b) Dekker und Marshall.....	373
c) Draehmpaehl und die Folgen.....	374
3. Anpassung des nationalen Rechts.....	375
IV. Arbeitnehmerrechte bei Betriebsübergang.....	376
1. Sekundäres Gemeinschaftsrecht.....	377
2. Rechtsprechung des Gerichtshofs.....	378
a) Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers.....	379
b) Christel Schmidt-Entscheidung.....	380
c) Ayse Sützen-Entscheidung.....	382
3. Anpassung der Richtlinie.....	383
V. Zusammenfassung.....	384

### *Rolf Birk*

#### Europäisches kollektives Arbeitsrecht

– insbesondere der Europäische Betriebsrat.....	387
I. Einleitung.....	387
II. Europäisches Betriebsverfassungsrecht.....	390
1. Die Arbeitnehmerbeteiligung im Europäischen Arbeitsrecht.....	391
2. Die Richtlinie 94/45 über Europäische Betriebsräte.....	392
3. Die Umsetzung der Richtlinie 94/45 in das nationale Recht: Das deutsche Gesetz über Europäische Betriebsräte (EBRG).....	393
a) Zum allgemeinen Stand der Umsetzung.....	393
b) Das Gesetz über Europäische Betriebsräte.....	394
III. Europäisches Kollektivvertragsrecht.....	396
IV. Europäisches Arbeitskampfrecht.....	397

1. Fehlender europarechtlicher Rahmen .....	397
2. Grundfreiheiten des Vertrages und nationale Streiks .....	398
V. Ausblick.....	398
 <i>Horst M. Schellhaaß</i>	
Das Europäische Arbeitsrecht aus ökonomischer Perspektive.....	401
I. Problemstellung.....	401
II. Richtlinie über Massenentlassungen .....	402
III. Richtlinie über Unternehmensübergänge .....	406
IV. Das Bosman-Urteil des Europäischen Gerichtshofs.....	411
V. Ausblick.....	417
Diskussionsbericht .....	421

## D. Schuldvertragsrecht – Vermarktung und Unternehmensgeschäfte

### *I. Komponenten und Lücken*

*Wolfgang Kilian*

Äußeres und inneres System in einem noch fragmentarischen Europäischen Schuldvertragsrecht? .....	427
I. Komponenten, Lücken, Harmonisierung .....	427
II. Eigenschaften des existierenden europäischen Schuldvertragsrechts.....	427
1. „Europäisch“.....	427
2. System .....	428
III. Deskriptive Analyse des europäischen Schuldvertragsrechts ...	429

1. Marktfreiheiten und Privatautonomie.....	429
a) Art. 28 EGV – freier Warenverkehr .....	431
b) Art. 49 EGV – freier Dienstleistungsverkehr .....	431
c) Art. 56 EGV – freier Kapitalverkehr .....	432
2. Wettbewerbsrecht .....	432
3. Verbraucherschutzrecht .....	434
IV. Konsequenzen für ein europäisches Schuldvertragsrecht .....	435
1. Abschluß von Verträgen .....	435
2. Inhalt von Verträgen .....	435
3. Abwicklung von Verträgen .....	436
V. Theoretische Perspektiven .....	436
VI. Rechtsgrundlagen für die weitere Entwicklung .....	438
VII. Ausblick .....	440
 <i>Peter Troberg</i>	
Finanzdienstleistungen und Verbraucher – ein Testfall für die Frage nach Systembildung und Systemlücken.....	443
I. Systembildung .....	443
II. Systemlücken.....	444
1. Berufsrecht/ Aufsichtsrecht:.....	444
2. Recht der „Vermarktung“ (oder des „Marketing“): .....	444
3. Produktregelung .....	445
III. „Allgemeininteresse“: eine offene Flanke des Systems.....	447
IV. Der Vorschlag zum Fernabsatz als Stichprobe .....	449
Diskussionsbericht.....	453

## *II. Verkaufsmodalitäten und unlauterer Wettbewerb – zurecht eine nationale Domäne?*

*Hans-Peter Schwintowski*

Freier Warenverkehr im Europäischen Binnenmarkt – eine Fundamental- kritik an der Rechtsprechung des EuGH zu Art. 28 EGV – .....	457
I. Keck on the facts .....	457
II. Bewertung und Konsequenzen .....	461
III. Wortlaut und Entstehungsgeschichte von Art. 30 EGV .....	465
IV. Verkaufsmodalitäten sind von Produktmodalitäten nicht trennbar .....	466
V. Gründe für die Einschränkung von Art. 28 EGV.....	469
1. Der Anwendungs- und Wirkungsbereich von Art. 28 EGV bis zum 01.01.1973 .....	469
2. Anwendungs- und Wirkungsbereich von Art. 28 EGV nach dem 01.01.1973.....	470
3. Das Urteil Cassis de Dijon.....	472
4. Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung.....	474
VI. Die Entwicklung eines vertragszieladäquaten Kriteriums zur Eingrenzung des Anwendungsbereichs von Art. 28 EGV.....	475
VII. Zusammenfassung.....	477
Diskussionsbericht .....	479

## *III. Verbraucherverträge – einseitige Unternehmensgeschäfte*

*Norbert Reich*

Verbraucherrechte als - unverzichtbare - subjektive Rechte passiver Marktbürger.....	481
I. Begründung einer Wirtschaftsrechtsverfassung des Unionsbürgers als Verbraucher.....	481

1. Verbraucherpolitische Programme und Aktionspläne der EG-Institutionen .....	482
2. Entwicklung passiver Marktfreiheiten durch die Rechtsprechung.....	484
a) Die Bedeutung der „Cassis“-Rechtsprechung .....	484
b) Passive Marktfreiheiten als Verbraucherrechte .....	486
II. Kompetenzen .....	489
1. Art. 94 EGV: Rechtsangleichung.....	489
2. Binnenmarktkompetenz .....	490
3. Vertrag von Maastricht .....	492
4. Amsterdam .....	493
III. Zielsetzungen und subjektiv-rechtliche Gewährleistungen der gemeinschaftlichen Verbraucherpolitik .....	495
1. Recht auf Information.....	496
2. Schutz legitimer Erwartungen im Vertrags- und Haftungsrecht..	496
3. Schutz wirtschaftlicher Interessen.....	498
4. Recht auf Sicherheit und Gesundheit – Anspruch auf Wiedergutmachung von Schäden?.....	499
5. Zugang zum Recht.....	500
IV. Verbraucherbegriffe.....	501
1. Verbraucherbegriff im Vertragsrecht .....	501
2. Finanzdienstleistungen.....	502
3. Produktsicherheit und -haftung .....	503
4. Kollektiver Verbraucherschutz .....	503
V. Das europäische Verbraucherrecht in der Kritik .....	504
1. Grundsatzfragen .....	504
2. Das Systemargument .....	505
3. Das Inkonsistenzargument .....	506
4. Das black-box-Argument.....	507
V. Ergebnis .....	509

*Michael Martinek*

Unsystematische Überregulierung und kontraintentionale Effekte

im Europäischen Verbraucherschutzrecht oder: Weniger wäre mehr ..... 511

I. Einleitung.....	511
II. Die Explosion des unionsrechtlichen Verbraucherschutzes.....	512
III. Die verbraucherschutzpolitische Konzeption der Union .....	514
IV. Erstes Verbraucherschutzinstrument: Informationspflichten....	518
1. Grundgedanken .....	518
2. Das Beispiel der Time-Sharing-Richtlinie .....	521
a) Das Informationsmodell der Time-Sharing-Richtlinie .....	521
b) Grenzen der Informationsverarbeitungskapazität .....	522
c) Ergebnisse der Konsumentenverhaltensforschung .....	523
d) Folgen der Informationsüberlastung.....	526
e) Kostentransparenz als Mittel zur Optimierung der Kaufentscheidung.....	528
f) Zusammenfassende Kritik.....	529
V. Zweites Verbraucherschutzinstrument: Halbzwingendes Recht. 530	
1. Grundgedanken .....	530
2. Legitimes halbzwingendes Richtlinienrecht.....	532
3. Das Beispiel der Richtlinie über den Verbrauchsgüterkauf .....	535
a) Gewährleistungsausschluß im Gebrauchtwarenhandel.....	535
b) Marktkorrekturen und Markttransparenz beim Verbrauchsgüterkauf .....	542
c) Transparenzverlust durch Rechtszerstückelung.....	545
d) Zusammenfassende Kritik .....	547
VI. Drittes Verbraucherschutzinstrument: Sonderanknüpfung .....	548
1. Grundgedanken .....	548
2. Das Beispiel der Klausel-Richtlinie .....	551
a) Harmonisierungsverluste durch Sonderkollisionsnormen .....	551
b) Sekundäres Gemeinschaftsrecht und Staatsverträge.....	553
c) Zusammenfassende Kritik .....	556
VII. Schlußbetrachtung .....	557

*Hans-Bernd Schäfer*

Grenzen des Verbraucherschutzes und adverse Effekte des Europäischen Verbraucherrechts.....	559
I. Ausbeutungs- und Informationstheorie des Verbraucherschutzes.....	559
II. Adverse Effekte des EG-Verbraucherschutzes.....	564
1. Richtlinie über den Verbrauchsgüterkauf.....	564
2. Time-Sharing-Richtlinie.....	566
3. Fernabsatz-Richtlinie.....	567
Diskussionsbericht.....	569

#### *IV. Verträge der Finanzdienstleister*

*Udo Reifner*

Finanzdienstleistungen und Verbraucherschutz in der Europäischen Harmonisierung.....	577
I. Die Rechtsakte der EU zu Finanzdienstleistungen und der Verbraucherschutz.....	578
1. Begriffsbestimmungen.....	578
2. Rechtsetzung der EU bei Finanzdienstleistungen.....	582
a) Sicherheit – Prudential Regulation.....	582
b) Verbraucherschutz.....	587
3. Auswertung der bisherigen Regelungen.....	593
a) Zuordnung nach Finanzdienstleistungsbereichen.....	593
b) Zuordnung nach Verbraucherschutzkriterien.....	594
c) Zuordnung nach den Arten des Verbraucherschutzes.....	595
II. Verbraucherschutz und gemeinsamer Markt für Finanzdienstleistungen – zwei gegenläufige Ziele?.....	595
1. Die neue Auffassung der Kommission zum Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen.....	598
2. Regulierungskonzepte zum Verbraucherschutz nach dem EGV ..	605
a) Mindestharmonisierung.....	605

b) Wettbewerb der Ordnungssysteme .....	607
c) Verbraucherschutz und Dienstleistungstechnik.....	608
3. Ergebnis.....	612
 <i>Anton Schnyder</i>	
Systembildung und Systemlücken im Europäischen	
Versicherungsvertragsrecht .....	613
 <b>I. Konstituierende Faktoren des europäischen</b>	
<b>Versicherungsrechts.....</b>	<b>613</b>
1. Die relevanten Marktfreiheiten.....	613
a) Versicherungsbinnenmarkt als Perspektive.....	613
b) Niederlassungsfreiheit und erste Richtliniengeneration .....	614
c) Dienstleistungsfreiheit und zweite Richtliniengeneration.....	614
d) Produktfreiheit.....	615
e) Vertriebsfreiheit - Versicherungsvermittler.....	615
f) Wettbewerbsfreiheit - Gruppenfreistellungsverordnung .....	616
2. Internationales Versicherungsvertragsrecht .....	617
a) Herkömmliches Territorialprinzip .....	617
b) Ausnahmen .....	617
c) Notwendigkeit von Kollisionsrecht nach Durchsetzung der	
Marktfreiheiten.....	618
d) Haupteigenschaften des europäischen Versicherungskollisionsrechts .....	618
3. Internationales Zuständigkeitsrecht .....	619
a) Zuständigkeit.....	619
b) Gerichtsstandsvereinbarungen .....	619
c) Anerkennung.....	620
4. Verbraucherschutz durch Informationspflichten .....	620
 <b>II. Harmonisierung des europäischen</b>	
<b>Versicherungsvertragsrechts.....</b>	<b>621</b>
1. Bisher gescheiterte Bemühungen.....	621
2. Die Frage nach dem Umfang einer möglichen	
Rechtsharmonisierung .....	623
3. Europäisches „Restatement“ des Versicherungsvertragsrechts? ..	624

*Thomas Gehrig*

Anlegerschutz im Europäischen Finanzdienstleistersrecht aus ökonomischer Perspektive – das Beispiel der Wertpapierdienstleistungs-Richtlinie ..... 625

I. Einleitung ..... 625

II. Regulierung im Widerstreit von Ordnungsrahmen  
und Partikularinteressen ..... 627

III. Die Wertpapierdienstleistungs-Richtlinie ..... 630

1. Zugangsregulierung ..... 630

2. Aufsichtsregulierung ..... 633

3. Wohlverhaltensregeln ..... 635

IV. Schlußbemerkungen ..... 637

Diskussionsbericht ..... 639

## *V. Verträge zwischen Unternehmen – zweiseitige Unternehmensgeschäfte*

*Peter-Christian Müller-Graff*

Zweiseitige Unternehmensgeschäfte im Gemeinschaftskartellrecht ..... 645

I. Konzept ..... 648

1. Primärrechtsvorgaben in anderen Bereichen  
des Gemeinschaftsprivatrechts ..... 648

2. Gemeinschaftskartellrecht ..... 648

a) Die verbotsersfaßten Verträge ..... 648

b) Die kriterienabhängige Freistellungsmöglichkeit ..... 650

II. Entwicklungsgrad ..... 653

1. Der allgemeine Entwicklungsgrad des  
Gemeinschaftsprivatrechts ..... 653

2. Gemeinschaftskartellrecht ..... 653

a) Formale Entwicklungsmerkmale ..... 654

b) Normenbestand ..... 654

c) Inhaltliche Entwicklungsmerkmale ..... 655

III. Rechtsform ..... 656

1. Die allgemeine Rechtsform des sekundären Gemeinschaftsprivatrechts .....	656
2. Die Rechtsform des sekundären Gemeinschaftskartellrechts.....	657
IV. Inhalt.....	658
1. Zweck .....	658
2. Differenzierte Regelungstechnik .....	659
a) Typisierende Klauselkataloge.....	659
b) Revokationsrecht der Kommission .....	661
V. Perspektiven.....	662
1. Ergänzungsbedarf?.....	662
2. Sinnfälligkeit des Ansatzes?.....	665
3. Alternativen?.....	666

*Ursula Stein*

Systembildung durch privatautonome Rechtssetzung und ihre Grenzen im Europäischen Binnenmarkt .....	669
--	-----

I. Einleitung.....	669
II. Die wesentlichen Rechtsgründe für fehlende Transaktionssicherheit im internationalen Wirtschaftsverkehr ...	670
1. Effizienzgrenzen des kollisionsrechtlichen Systems .....	670
a) Objektive Anknüpfung .....	670
b) Rechtswahl .....	673
2. Effizienzgrenzen der nationalen Privatrechte als Rahmenordnung des internationalen Wirtschaftsverkehrs .....	674
3. Effizienzgrenzen der Streitentscheidung durch staatliche Gerichte.....	674
III. Die systembildenden Faktoren des transnationalen Wirtschaftsrechts .....	675
1. Standardisierung, Typisierung und Regelbildung .....	676
2. Materiell- und verfahrensrechtliche Regeln zur Vertrags- ergänzung und Konfliktbewältigung („governance structures“) ..	677
a) Materielles Rechtsregime .....	677
b) ADR-Techniken.....	678

3. Streitentscheidung durch internationale Wirtschaftsschiedsgerichte .....	678
IV. Die rechtliche Legitimation der Gestaltungsmacht der Parteien im europäischen Binnenmarkt .....	680
V. Zwischenbilanz: Leistungsgrenzen der Selbstregulierung .....	681
VI. Künftiger Harmonisierungsbedarf .....	682
1. Der privatrechtliche Ordnungsrahmen des Gemeinschafts- rechts: Freihandel ohne Transaktionssicherheit .....	682
a) Kollisionsrecht .....	682
b) Materielles Privatrecht .....	683
c) Gerichtsbarkeit .....	685
2. Maßnahmen zur Herstellung von Transaktionssicherheit: Einheitliches Privatrecht für den Binnenmarkt und einheitliche Gerichtsbarkeit .....	686
3. Einwände .....	687

*Joachim Scherer*

Zusammenschaltungsvereinbarungen im Telekommunikationssektor zwischen Vertragsfreiheit und Regulierung .....	691
---	-----

I. Einleitung .....	691
II. Regelungsbedarf und Regulierungsziele bei der Zusammenschaltung .....	693
1. Zum Regelungsbedarf .....	693
2. Zielsetzungen der Zusammenschaltungsregeln .....	696
III. Grundzüge des gemeinschaftsrechtlichen Zusammenschaltungsregimes .....	697
1. Kontrahierungspflicht, Vorrang kommerzieller Vereinbarungen und Anordnungsbefugnis .....	697
2. Materielle rechtliche Vorgaben .....	699
a) Grundsätzliche Rechtspflicht zur Zusammenschaltung .....	700
b) Inhaltliche Vorgaben für Zusammenschaltungsvereinbarungen .....	700
c) Grenzen der Rechtspflicht nach Maßgabe grundlegender Anforderungen ..	701
d) Kollokation .....	702
e) Sonderregeln für Unternehmen mit beträchtlicher Marktmarkt .....	703

IV. Handlungsinstrumente und Verfahren .....	704
1. Flexibilisierung von Handlungsinstrumenten.....	705
a) Zusammenschaltungsentgelte .....	705
b) Standardisierung .....	708
2. Verfahrensstrukturen der Zusammenschaltungs-Richtlinie .....	710
a) Regelungsverfahren der nationalen Behörden .....	710
b) Verfahrensmechanismen zur Transparenzschaffung .....	712
c) Verfahrensmechanismen zur Gewährleistung von Innovationsoffenheit ...	713
V. Organisationsrechtliche Strukturen der Systembildung.....	714
Diskussionsbericht .....	717
Verzeichnis der Autoren.....	723